

XIX. GP-NR.
Nr. 180 **IJ**
1994-12-15

ANFRAGE

des Abgeordneten Kier und Partner/innen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend geplanter Nicht-Weiterführung von integrativen Maßnahmen des Vereins ISOP, Graz

Die Tatsache, daß MigrantInnen spezifische und kontinuierliche Förderungen benötigen, ist wohl umstritten. Ihr wurden vom Landesarbeitsamt Steiermark und den zuständigen Arbeitsämtern in Graz und Bruck vor rund zwei Jahren durch die Installierung zweier Ausbildungssysteme mit laufendem Einstieg Rechnung getragen. In Graz führt ISOP solche Schulungen in Kooperation mit dem BFI durch. An diesen Kursen können nur Personen teilnehmen, die die strengen formalen Voraussetzungen des AMS erfüllen. Nach Auskunft des AMS wurden die bisherigen Kurse, an denen im Rahmen der laufenden Ausbildungssysteme rund 300 Personen teilgenommen haben, als erfolgreich eingestuft. Aus diesem Grund wurde schon im Frühjahr eine Weiterführung beschlossen und fix im Schulungsprogramm des Arbeitsamtes für 1994/95 verankert und budgetiert. Trotz der enormen Nachfrage, die von Vereinen und Einrichtungen, die mit Flüchtlingen/MigrantInnen arbeiten, konstatiert wird, beabsichtigt das AMS eine Stornierung dieser Schulungen. Argumentiert wird die Notwendigkeit der Stornierung mit den rechtlichen Rahmenbedingungen in der Steiermark: "...eine Genehmigung zusätzlicher ausländischer Arbeitskräfte nur mehr unter der Maßgabe des §4/6 AuslBG gegeben sind." Das Argument lautet also, "es gibt keine förderbaren Ausländer. Bereits integrierte Ausländer brauchen keine Schulungen mehr, neue können wir nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz gar nicht mehr berücksichtigen." Da die Landeshöchstzahl (§13a/3) für die Steiermark also einerseits für das Jahr 1994 bereits überzogen ist, andererseits aber mit November 1994 allein in Graz 716 Ausländer arbeitslos gemeldet sind (in der Steiermark insgesamt: 1549) - dies wäre der von ISOP zu betreuende Personenkreis - stellt sich die Frage, warum integrative Maßnahmen, wie von ISOP betrieben, trotzdem storniert werden. Um so brisanter wird die Frage, wenn man weiß, daß bosnische Kriegsflüchtlinge entsprechend der rechtlichen Diktion ebenfalls von ISOP zu betreuen wären. ISOP hat es sich zur Aufgabe gemacht, arbeitsmarktpolitische Integrationsmaßnahmen für MigrantInnen anzubieten. Gerade diese Schulungsprogramme mit österreichweit einzigartigem Modellcharakter sollen nun storniert werden, wo andererseits in einer aktuellen Stellungnahme der WIFO festgehalten wird, daß v.a. Sockelarbeitslosigkeit nur durch aktive Arbeitsmarktpolitik bekämpft werden kann.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

- 1.) Wie kommt das AMS zu der Annahme, daß es an förderbaren Ausländern mangle?
- 2.) Da alle Vereine und Einrichtungen in der Steiermark, die mit oben beschriebener Zielgruppe arbeiten, eine große Nachfrage nach den bis jetzt durchgeführten Kursen bestätigen, wie kommt es, daß dem Arbeitsmarktservice Steiermark nur 12 Interessenten bekannt sind.
- 3.) Wie sowohl von Mitarbeitern der AMS Landesgeschäftsstelle, als auch von Mitarbeitern anderer Institutionen intern bestätigt wird, besteht sehr wohl eine große Nachfrage. Allerdings

wolle die Amtsleitung eine Weiterführung verhindern, da das nunmehr begrenzte Budget auftragsgemäß ausgegeben werden müsse. Nicht mehr förderbar sind daher nach der Hausverfügung 3/94 des Arbeitsamtes Graz DLU (Deckung des Lebensunterhalts) bzw. Beitragskosten für Ausländer. Aufgrund welcher Verordnung wurde diese Hausverfügung erlassen?

4.) Wie sieht der Auftrag für die AMS Steiermark im Detail aus?

5.) Im Rahmen welcher Projekte sollen nun Kriegsflüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden.

6.) Im Rahmen welcher Projekte sollen arbeitslose, nicht eingebürgerte Ausländer Integrationshilfe in Anspruch nehmen um ihrer Arbeitslosigkeit entgegenwirken zu können?

7.) Da der legale Zugang zum Arbeitsmarkt und damit zu allgemeinen arbeitsmarktpolitischen Förderungen für viele MigrantInnen aufgrund fehlender integrativer Maßnahmen - wie sie ISOP jedoch anbieten kann - nicht offen steht, wie sollen diese Menschen ihrer in Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit immer drohenden Abschiebung entgegenwirken können?